

14.05.2009 / Schwerpunkt / Seite 3

Es hätte jeden treffen können

NATO-Kriegstreiberei gefeiert - wer sich wehrt, kommt in den Knast. Erklärung einiger Gefangener aus Strasbourg

Mit Datum vom 29. April 2009 melden sich »einige Gefangene aus Strasbourg« in einer ersten Erklärung zu Wort. Sie hatten sich an Protesten gegen die NATO beteiligt. Der Militärpakt zelebrierte am 3. und 4. April in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg ein Gipfeltreffen zu seinem 60. Gründungstag.

Im Gefängnis geht alles nicht so schnell. Wenn man einen Brief schreiben will, müssen erst mal Briefmarken und Papier bestellt werden. Dafür braucht es Geld. Und auch wenn dir Geld zur Verfügung steht, kann es dauern, bis die bestellten Dinge da sind. Alle Briefe werden geöffnet und wahrscheinlich gelesen, das braucht auch seine Zeit. Informationen gelangen nur sehr langsam herein und heraus. Und so melden wir uns erst jetzt zu Wort.

1,2,3 und du bist nicht mehr frei!

Als die NATO am 3. und 4. April 2009 ihren Geburtstag feiern wollte, war sie nicht allein. Zehntausende Menschen fuhren nach Frankreich, um gegen das Kriegs Bündnis auf die Straße zu gehen. Tausende deutsche und französische Polizist_innen waren im Einsatz. Das Schengener Abkommen wurde außer Kraft gesetzt, und die Stadtzentren von Baden-Baden und Strasbourg wurden abgeriegelt. Viele Menschen bekamen Einreiseverbote nach Frankreich und in umliegende Länder. Bereits zwei Tage vor dem Gipfel wurde eine ganze Demonstration bei Strasbourg eingekesselt und verhaftet, welche sich gegen die tödliche Polizeigewalt beim G-20-Gipfel in London gerichtet hatte. Vor der Masseningewahrsamnahme wurden die Menschen mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen durch einen Wald gehetzt. So wurden zwei Menschen, die sich im Wald völlig ruhig verhalten hatten, mit Gummigeschossen angegriffen. Dabei wurde der Mindestabstand von fünf Metern weit unterschritten, was tödliche Verletzungen zur Folge haben kann. Eine erste medizinische Versorgung der Wunden wurde z. T. erst am nächsten Morgen gewährt. Die nächsten Tage verliefen ähnlich: Über 350 Menschen wurden willkürlich in Gewahrsam genommen und mußten zum Teil mehrere Nächte in überfüllten Sammelzellen verbringen, ohne Essen und teilweise verletzt. Die meisten Menschen wurden wieder frei gelassen, nur einige wenige traf die Polizeiwillkür besonders hart: Neun Menschen sind seit mittlerweile einem Monat im Knast. Wir, die wir diesen Text schreiben, sind einige davon.

Justiz im Auftrag des Präsidenten

Daß ausgerechnet wir hier sind, ist reiner Zufall - jede_n hätte es genauso treffen können. Die Medien ereiferten sich über Randalierer. Präsident Sarkozy forderte öffentlich, die Täter so hart wie möglich zu bestrafen. Polizei und Justiz standen unter dem Druck, »Erfolge« ihrer Arbeit zu präsentieren, als zwei Tage nach dem Gipfel die Schnellverfahren stattfanden. So ging es bei den Prozessen im wesentlichen nicht um die konkreten Tatvorwürfe. Die Urteile orientierten sich stark an den Plädoyers des Staatsanwaltes, dessen Argumentation stützte sich zum großen Teil auf Vermutungen und Behauptungen ohne jede Beweiskraft. Es wurde erst gar nicht versucht, den Eindruck eines fairen Verfahrens zu erwecken. Es handele sich um einen »Professionellen«, der »vor Gericht Reden hält«, so der Staatsanwalt über einen der Angeklagten. Als Beweis reichte ihm die Aussageverweigerung bei der Polizei und die große Distanz, die der Beschuldigte zurückgelegt hatte, um an den Protesten teilnehmen zu können. Einer weiteren Person wurde die Mitgliedschaft in der »Organisation Black Block« vorgeworfen. Das Gericht mußte sich erst darüber aufklären lassen, daß es eine solche Organisation gar nicht gibt. Es ging hier eindeutig darum, medienwirksam ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Die Äußerungen Sarkozys hatten uns schon im Vorfeld Schlimmes befürchten lassen. Die Strafen

und die Härte der Urteile überraschten auch unsere Rechtsanwälte, da es sich um ein Vielfaches des gewöhnlichen Strafmaßes handelte – selbst wenn alle Anschuldigungen wahr gewesen wären. Drei Menschen wurden zu Haftstrafen mit sofortigem Haftantritt verurteilt. Zwei Menschen gingen in Berufung. Einige weitere Personen bekamen Bewährungsstrafen. Ein Deutscher, der zu drei Monaten Haft ohne Vollzug verurteilt worden war, wurde ohne ersichtlichen Grund für 48 Stunden in einen Abschiebeknast gesteckt, bevor er an der wenige Kilometer entfernten Grenze den Behörden der Bundespolizei übergeben wurde. Die sechs anderen hier Einsitzenden hatten bisher keinen Prozeß. Vier davon werden am 5. Mai vor Gericht stehen* – ein weiterer Fall von Gesinnungsjustiz ist zu erwarten. Zwei sitzen vorerst vier Monate in U-Haft. In der populären Strasbourger Tageszeitung DNA, die wir hier zu lesen bekommen, sollte der Eindruck erweckt werden, daß die »Schuldigen« der Ausschreitungen vom 4. April zu »gerechten Strafen« verurteilt wurden. So wurden gezielt Informationen unterschlagen, etwa daß drei der Angeklagten bereits zwei Tage zuvor festgenommen worden waren. Außerdem wurden Zitate aus den Verhandlungen in völlig falschen Kontexten wiedergegeben. Die Zeitung druckte auch die vollen Namen und Wohnorte der Verurteilten aus der BRD ab. In einem anderen Fall wurde über einen Angeklagten berichtet, der einen Polizisten gebissen haben und behauptet haben soll, er habe AIDS. Dazu wurde ein Foto veröffentlicht, das einen Angeklagten vom Vortag zeigt. Dieser hatte jedoch nichts mit den Vorwürfen zu tun. In der Wirkung ein reiner Rufmord, zumal 90 Prozent der hier Inhaftierten die DNA lesen.

Brandstifter als Friedensstifter

Bei der Medienberichterstattung über die Proteste, soweit wir sie hier mitbekommen konnten, war die berechtigte Kritik an der NATO-Politik völlig aus dem Blick geraten oder wurde gezielt weggelassen. Statt dessen wurden die beteiligten Politiker_innen als Friedensstifter_innen dargestellt. Der »60. Geburtstag« des Kriegsbündnisses wurde medienwirksam gefeiert und zu einer Art Gala der Wohltätigen der westlichen Welt verklärt. Dabei steht die NATO, fast zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges, wie kein anderes Militärbündnis für Aufrüstung, für die Herstellung von mehr und noch »besseren« Waffen und für immer mobilere Armeen, die jederzeit und überall die Machtinteressen der Herrschenden durchsetzen können. Der aktuelle Vorwand kann sich ändern, die Palette reicht hierbei von der sogenannten Durchsetzung von Menschenrechten über die Jagd auf Terroristen oder aktuell bis zum Kampf gegen die Piraten von Somalia. Die wahren Gründe für Interventionen bleiben die gleichen: Ausweitung der freien Märkte, Rohstoff- und Ressourcensicherung sowie geopolitisches Machtkalkül. Einige der am NATO-Gipfel Beteiligten sind für Tausende Tote auf der ganzen Welt verantwortlich. Der Irak und Afghanistan sind hierbei nur die populärsten Beispiele. Das mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem Gipfeltreffen diskutierte NATO-Strategiepapier »Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen Welt – Die transatlantische Partnerschaft erneuern« zeigt nicht nur ganz klar die zukünftigen Kriegsschauplätze des Nordatlantikpaktes auf, es nennt auch noch ungeniert die oben bereits erwähnten wirtschaftlichen Gründe für eine militärische Präsenz. Hier wird insbesondere die Bedeutung Afrikas in bezug auf Ressourcenknappheit, Klimawandel und Migrationskontrolle hervorgehoben. Aktuelle Fragestellungen des 21. Jahrhunderts sollen mit Hilfe einer neuen, gemeinsamen Militärstrategie gelöst werden. Es bedarf also keines großen Rechercheaufwands, um die NATO als Kriegstreiber in der Pose einer Weltpolizei zu überführen. Umso skurriler erscheint das produzierte Medienbild. Völlig verzerrt, werden auf der einen Seite die NATO-Staaten als »Friedensstifter« dargestellt und auf der anderen Seite die Demonstranten_innen als Gewalttäter_innen diffamiert. Das Problem der strukturellen Gewalt eines Kriegsbündnisses wird komplett ausgeblendet. So ist es nicht verwunderlich, daß Kriege relativiert und mit den Ausschreitungen in Strasbourg verglichen werden. Brennende Barrikaden können dann schon einmal mit den Bildern des zerstörten Beirut gleichgesetzt werden. So gerät eine freie Berichterstattung zur Farce. Egal was man nun von den Ausschreitungen hält, das Verhalten der Medien legt nur einen Schluß nahe, es soll von den wahren Brandstiftern in Form der NATO abgelenkt werden.

Im Knast ...

Irgendwie sind wir im Knast weit weg von der Welt und doch mittendrin. Das klingt paradox, doch vor allem hier drin werden die negativen Aspekte unserer Gesellschaft deutlich. Staatlicher Rassismus und totale Kontrolle sind nicht nur Phänomene innerhalb der Knastmauern. Abschiebung, Erfassung biometrischer Daten, Videoüberwachung und das Ausschnüffeln der Privatsphäre sind nur einige Beispiele, die auch in der

sogenannten Freiheit allgegenwärtig sind. Auch Methoden zur Widerstandsbekämpfung gibt es im Knast. So wurde die Polizeieinheit »IRISSE« allein aus dem Grund der Aufstandsbekämpfung gegründet. Zuletzt wurde diese Anfang April im Gefängnis von Mulhouse eingesetzt. Hier wollten Gefangene nach dem Hofgang nicht zurück in ihre Zellen. Die Beamten sind wie die Cops auf der Straße und bei Demos mit Tasern, Knüppeln und Tränengas ausgestattet.

Die meisten Gefangenen, denen wir hier begegnen, sitzen wegen kleiner Delikte ein. Benutzung falscher Papiere, um nicht abgeschoben zu werden oder um arbeiten zu können. Alkohol am Steuer. Diebstahl und Etikettenschummel, Besitz von kleinen Mengen Drogen. Viele kamen wie wir per Schnellverfahren direkt in den Knast, für Monate oder gar Jahre. Die meisten sind jung, mit migrantischem Hintergrund und aus den Banlieues. Viele erzählen uns, das »Ausländer_innen« immer die härtere Strafe bekommen. Als Gefangene_ lebt man nicht völlig schlecht. Die Grundbedürfnisse wie Essen, Wärme, Bewegung, Kontakt zu anderen Menschen sowie medizinische Versorgung werden einigermaßen erfüllt - zumindest solange du dich normgerecht verhältst. Alles hier ist portioniert und rationiert. Es fängt beim Essen an, geht bei der Zeit auf dem Hof weiter und hört bei den spärlichen Informationen keinesfalls auf. Manche Schließer sind scheiße, andere weniger. Aber immer ist man abhängig von ihnen, jederzeit haben sie unbegrenzte Zugriffsrechte, immer besteht die Möglichkeit, beobachtet zu werden, immer kann es für unangepaßtes Verhalten Disziplinarstrafen geben. Dieses totalitäre System, das allen Knästen innewohnt, beruht auf der Macht der Überwacher und der Ohnmacht der Überwachten. Unsere Freiheiten hier bestehen z. B. darin, zum Gottesdienst zu gehen oder nicht, zum Hofgang zu gehen oder nicht. Schon beim Duschen hört die Freiheit auf. Wer dreimal nicht zu vorgeschriebenen Zeiten duschen geht, kommt in die Arrestzelle in den Keller. Auch die Wassertemperatur ist nicht frei wählbar und damit Glückssache. Wer Geld hat, hat noch ein paar weitere Freiheiten: nämlich die Wahl, dieses oder jenes zusätzliche Essen oder einige andere Konsumgüter zu kaufen. Mindestens 100 Gefangene haben kein Geld und können sich noch nicht einmal Seife oder Briefmarken kaufen. Sie sind auf die Almosen der Sozialarbeiter und Seelsorger angewiesen. Doch auch das sind nur Tropfen auf den heißen Stein.

Im Knast in Strasbourg sitzen über 700 Gefangene, bei einer eigentlichen Kapazität von 450 Plätzen. Um die chronische Überfüllung möglich zu machen, werden in die meisten Einzelzellen einfach Doppelstockbetten gestellt. So teilen sich zwei Personen etwa neun Quadratmeter einschließlich Toilette. Die Überbelegung ist aber keine Strasbourger Besonderheit. Frankreich weit saßen in 200 Gefängnissen am 1. April 63521 Menschen im Knast. Die Gesamtkapazität beträgt dagegen nur 52535 Plätze. In der BRD scheint es nicht anders zu sein: Im März dieses Jahres mußte z. B. die Justizministerin von NRW einräumen, daß die Haftbedingungen, unter anderem wegen der Überfüllung, teilweise menschenunwürdig seien.

Solidarität, yeah!

Daß Solidarität hilft, können wir hier drin wirklich erleben. Nicht nur die Gefangenen der Proteste, sondern auch die vielen anderen helfen sich gegenseitig: mit Infos, mit Süßigkeiten, mit Zuhören, mit Rat und Tat, und das tut gut. Wir freuen uns über die vielen Solidaritätsbekundungen in den verschiedenen Städten. Über all die Menschen, die uns öffentlich, privat und praktisch den Rücken stärken. Wenn die gegen uns verübte Willkür und Gewalt überall, über Grenzen hinweg Menschen auf die Straße und zusammenbringt, dann geht das geplante Exempel, das die Mächtigen an uns statuieren wollen, nach hinten los. Wir freuen uns sehr, wenn jetzt in Frankreich und in der BRD und vielleicht darüber hinaus eine Vernetzung entsteht, ein Netzwerk der Antirepression, das noch länger Bestand hat. Darum gilt nach wie vor: Solidarität muß praktisch, in Zukunft aber vor allem grenzübergreifend werden!

* Ein 29jähriger Berliner wurde am 5. Mai von einem Strasbourger Gericht zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Außerdem bekam er ein zweijähriges Landesverbot. Der Prozeß gegen drei Franzosen wurde aus Verfahrensgründen für unwirksam erklärt (siehe auch jW vom 7. Mai).

Lesen Sie in der jW-Wochenendbeilage vom 16./17. Mai ein Streitgespräch zwischen Reiner Braun (Sprecher der »Kooperation für den Frieden«) und Birgit Westermann (Berliner Anti-Nato-Gruppe - B.A.N.G.) über Militanz, die öffentliche Wahrnehmung von Protesten und Bündnisse zwischen Friedensbewegung und

Autonomen